

Elitenkontinuität oder Elitenwechsel in Rumänien nach der Revolution?

Eine Untersuchung am Beispiel des rumänischen
Staatspräsidenten Ion Iliescu von 1990 bis 1996

RALF THOMAS GÖLLNER

Vorbemerkung

Die Klärung der Frage, ob nach der Revolution von 1989 in Rumänien ein Elitenwechsel stattgefunden hat, oder ob es sich um eine Kontinuität bereits etablierter Eliten handelt, erfordert die genaue Betrachtung des Werdegangs des ersten Staatsoberhauptes nach Ceauşescu. Dabei sind die allgemeinen biographischen Daten weniger von Interesse, auch wenn sie zum Teil zu einer Abrundung des Gesamtbildes beitragen können. Bedeutsam sind vielmehr diejenigen Ereignisse aus dem Leben Ion Iliescus, die Aufschluß darüber geben, ob und in welchem Maße er bereits unter Ceauşescu Teil der herrschenden Elite war und in welchem Ausmaß er Einfluß auf die Revolution hat nehmen können.

Anschließend werden die Ereignisse, die zum Sturz Ceauşescus geführt haben, kurz umrissen. Diese Vorgänge in den Dezembertagen des Jahres 1989 bis zur Etablierung der *Front der Nationalen Rettung* (Frontul Salvării Naţionale) als Partei geben Aufschluß über die beteiligten Personen und damit über den Einfluß von Eliten oder Gegeneliten im allgemeinen und sind die Basis für das Verständnis der Folgezeit. Besondere Beachtung wird hierbei dem späteren Staatspräsidenten gewidmet; zum einen, weil er sich in diesen Tagen medienwirksam präsentierte und zum anderen, weil gerade diese Selbstdarstellung offensichtlich zu seiner späteren Wahl führte.

In den darauffolgenden Kapiteln werden die politischen Maßnahmen und Konzeptionen Iliescus und der *Front* dargestellt und analysiert. Sie sollen Aufschluß über ihr Selbstverständnis geben, die politische Programmatik anhand dem westlichen Demokratieverständnis überprüfen und zur Kategorisierung der Politiker, das heißt der neuen oder alten Elite beitragen. Außerdem werden die ereignisgeschichtlichen Gegebenheiten mit dem Ziel in diesen Kontext gestellt, einen möglichen inhaltlichen Wandel in den politischen Vorstellungen – insbesondere Iliescus – feststellen zu können.

Abgeschlossen wird diese Untersuchung durch Überlegungen zur Typologisierung des rumänischen Staatspräsidenten der Jahre 1990 bis 1996.

1. Ion Iliescu politischer Werdegang

1.1. Biographische Grundelemente

Die Kommunistische Partei Rumäniens gehörte seit 1924 zu den verbotenen Parteien und wurde erst nach dem Frontwechsel Rumäniens am 23. August 1944 zugelassen. Angesichts der demographischen und ökonomischen Struktur des wenig industrialisierten Königreichs war sie sowohl in der Zwischenkriegszeit als auch unmittelbar nach Kriegsende unbedeutend und hatte sehr wenig Mitglieder¹, von denen ein bedeutender Teil nicht rumänischer Nationalität waren. Diese kommunistische Partei war zudem in zwei Flügel, die Nationalkommunisten und die sowjetloyalen Internationalisten, gespalten, die sich bis 1961 oftmals auf das heftigste bekämpften. Nachdem sich 1961 die national gesinnte Gruppierung um Gheorghiu-Dej durchsetzen konnte, wurde im April 1964 – sechs Jahre nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Rumänien – eine von der UdSSR relativ unabhängige Politik betrieben².

Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, daß Ion Ilici Iliescus Vater ein Mitglied dieser illegalen kommunistischen Vorkriegspartei, ein Anhänger des prosovjetschen Flügels und ein derart ergebener Anhänger Lenins war, daß er seinen am 3. März 1930 in Olteniţa geborenen Sohn auf dessen Namen taufte³. Seine Mutter war, wie Iliescu erklärte, ebenfalls in der Illegalität tätig gewesen. Durch diesen familiären Hintergrund war es Iliescu möglich, in den Apparat der Kommunistischen Partei hineinzuwachsen⁴. Über diese ersten etwa 20 Jahre Iliescus liegen nur vereinzelte und wenig wichtige Informationen vor. Er besuchte in Bukarest das Gymnasium und studierte anschließend Wasserwirtschaft am Polytechnischen Institut in Bukarest. In den Jahren 1950 bis 1954 wurde ihm das Privileg zuteil, am Institut für Energetik in Moskau studieren zu können. Hier hatte er die Funktion des Studentenvertreters der rumänischen Studierenden und war – nach den Angaben des ehemaligen rumänischen

¹ In der Literatur werden für den August 1944 nur 884 Mitglieder der kommunistischen Partei in Rumänien angegeben. Vgl. hierzu R.V. BURKS: Rumäniens nationale Abweichung. Eine Bestandsaufnahme. In: Osteuropa 16 (1966), S. 315.

² Vgl. hierzu GHÎŢA IONESCU: Communism in Rumania, 1944-1962. London 1964. GERD FRICKENHELM: Die rumänische Abweichung. Eine Beschreibung und Analyse ihrer Entstehung. Münster 1990. TROND GILBERG: Nationalism and Communism in Romania. The Rise and Fall of Ceausescu's Personal Dictatorship. Boulder 1990.

³ Vgl. hierzu ION MIHAI PACEPA: Moştenirea Kremlinului. [Das Erbe des Kreml]. Bukarest 1993, S. 449.

⁴ RICHARD WAGNER: Sonderweg Rumänien. Bericht aus einem Entwicklungsland. Berlin 1992, S. 22. In diesen Zusammenhang bemerkt der englische Autor MARTYN RADY, daß Iliescu während des Zweiten Weltkrieges gemeinsam mit den späteren Staats- und Parteichefs Gheorghiu-Dej und Ceauşescu im Gefangenenerlager von Târgu Jiu interniert war. MARTYN RADY: Romania in Turmoil. A contemporary History. London u. a. 1992, S. 123.

Securitate-Generals Pacepa - ein Studienkollege des späteren sowjetischen Staats- und Parteichefs Gorbatschow⁵.

Auf seine Studienzeit in Moskau geht auch der 1995 gegen Iliescu erhobene Vorwurf zurück, er sei ein Informant des KGB gewesen. Obwohl zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine endgültige Beantwortung dieser Frage zu erwarten ist, müssen einige Aspekte, die in Zusammenhang mit dieser Problematik stehen, beachtet werden⁶. In den letzten Jahren der stalinistischen Ära war es üblich, daß der Geheimdienst die in Moskau lebenden ausländischen Studenten anwarb, insbesondere wenn sie eine derart wichtige und öffentliche Funktion innehatten wie Iliescu in den Jahren seines Moskauaufenthalts. Zudem wurde Iliescu nach seiner Rückkehr nach Bukarest Vorsitzender des kommunistischen Jugendverbandes. Die Besetzung solcher Schlüsselfunktionen erforderte in den fünfziger Jahre noch die Zustimmung Moskaus, und es kann vermutet werden, daß die russische Führung die Einwilligung nur für einen »vertrauten« oder »verlässlichen« Kandidaten gab⁷. In dieser Funktion war Iliescu gemeinsam mit Ceauşescu an den repressiven Maßnahmen gegen diejenigen Studenten beteiligt, die im Oktober 1956 an den Sympathiebedingungen für die ungarische Revolution teilgenommen und für den Abzug sowjetischer Truppen aus Rumänien und die Abschaffung des Russischen als Pflichtfach demonstriert hatten⁸.

1.2. Iliescu in der Zeit Ceauşescu

In den Jahren 1964 beziehungsweise 1967⁹ wurde Iliescu Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und von 1967 bis 1971 Vorsitzender des Rumänischen Kommunistischen Jugendverbandes (Uniunea Tineretului Communist). Dies geschah zu einer Zeit, als sich das rumänische politische

⁵ PACEPA a.a.O., S. 449-450. PACEPA gibt an dieser Stelle auch an, daß Iliescu und Gorbatschow Parteisekretäre waren, der erste für die ausländischen der zweite für die sowjetischen Studenten.

⁶ Letztendlich ist die Beantwortung der Frage, ob Iliescu KGB-Agent war oder nicht, in diesem Zusammenhang von geringer Bedeutung. In der Diskussion dieser Frage sind eher Hinweise auf das Verhältnis Iliescus zur Sowjetunion und seine persönliche Prägung in diesen Jahren zu erwarten.

⁷ Vgl. hierzu DAN IONESCU: The President, the Journalists and the KGB. In: Transition I (1995) 16, S. 36-37.

⁸ ZOLTÁN TÓFALVI: Az 1956-os forradalom utáni magyarellenes megtorlások Romániában (II) [Die ungarnfeindlichen Repressalien in Rumänien nach dem Aufstand von 1956]. In: Bécsi Napló 13 (1992) 6, S. 5. Und RADY a.a.O., S. 123.

⁹ In der Sekundärliteratur werden beide Jahre genannt. Vgl. hierzu RADY a.a.O., S. 123 und ANTONIA RADOS: Die Verschwörung der Securitate. Rumäniens verraten Revolution. Hamburg 1990, S. 16. Iliescu äußert sich zu den hier erwähnten Stationen seines Lebens nicht oder nur bruchstückhaft. Vgl. hierzu Annelie Ute Gabanyi: Die unvollendete Revolution. Rumänien zwischen Diktatur und Demokratie. München 1990, S. 23-24.

System soweit konsolidiert hatte, daß der neue Kurs eingeschlagen werden konnte. Vorgegangen war der Abzug der sowjetischen Truppen im Jahr 1958, was als ein Kennzeichen des einsetzenden nationalen Sonderweges, jedoch keinesfalls als Abweichung vom sowjetischen Kurs gewertet werden kann. Erst mit dem Tod Gheorghiu-Dejs und der Wahl Nicolae Ceauşescu am 22. März 1965 zum Ersten Sekretär der Partei¹⁰ wurde eine neue Periode der politischen und ideologischen Entwicklung eingeleitet. Daß Iliescu in dieser Phase von Ceauşescu an das Zentrum der Macht herangeführt wurde, verdeutlicht, daß er »als Vertreter der jungen, national und reformerisch eingestellten Generation in der Partei«¹¹ und als potentieller Nachfolger Ceauşescus galt. Seine Haltung äußerte sich in der Ablehnung der Breschnew-Doktrin der »begrenzten Souveränität«, womit er Ceauşescus Zielen entsprach.

Im Februar 1971 wurde er ZK-Sekretär für Ideologie und Propaganda, geriet jedoch mit Ceauşescu auf dem Ideologieplenum im Juli 1971¹² in Konflikt, weil er sich dessen Politik der »Kulturrevolution« widersetzte¹³. Die Folge war seine Versetzung in die Provinz, die Iliescu mit »seiner regimekritischen Haltung«¹⁴ erklärt. Hierbei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, daß zum einen in Rumänien das Prinzip der Kaderrotation galt und zum anderen, daß er nach-einander in zwei der wichtigsten Großstädte des Landes versetzt wurde, in denen er hohe politische Ämter bekleidete: Im Kreis Temesch und dessen Kreisstadt Temeschwar (Timișoara) war er von 1971 bis 1974 Propagandasekretär und zwischen 1974 und 1979 Kreisparteisekretär in Jassy (Iași). Dies deutet nicht zwangsläufig auf einen politischen Abstieg hin. Zudem wurde er im Jahr 1974 zum Stellvertretenden Mitglied des Politischen Exekutivkomitees und 1979 zum Mitglied des Staatsrats und zum Vorsitzenden des Nationalrates für Wasserwirtschaft ernannt. Die erstgenannten Positionen verlor er Ende 1979 beziehungsweise 1980¹⁵ und aus dem Nationalrat schied er 1984 aus, übernahm aber bis zur Revolution die Leitung des Technischen Verlags in Bukarest.

Ansichts dieser für sozialistische Systeme vorbildhaften Karriere fällt es schwer, an die Selbstdefinition Iliescus, er sei unter Ceauşescu ein Dissident gewesen, zu glauben. Es ist zwar richtig, daß er nach seinem Ausscheiden als ZK-Sekretär für Ideologie und Propaganda von der »Securitate« beobachtet und

¹⁰ Die »Rumänische Arbeiterpartei« wurde erst am IX. Parteikongreß im Juli 1965 zur »Rumänischen Kommunistischen Partei« umbenannt.

¹¹ WAGNER a.a.O., S. 22.

¹² Seit diesem Jahr gehörte Gorbatschow dem Zentralkomitee der KPdSU an.

¹³ ION ILIESCU: Aufbruch nach Europa. Rumänien - Revolution und Reform 1989 bis 1994. Köln u. a. 1995, S. 322.

¹⁴ ILIESCU a.a.O., S. 322.

¹⁵ GABANYI a.a.O., S. 24. Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß anscheinend der Wandel in Iliescus politischer Karriere sich umgekehrt zu derjenigen Gorbatschows verhielt. Je höhere Ämter Gorbatschow bekleidete, desto mehr Positionen verlor Iliescu. 1980, als Iliescu aus dem Politischen Exekutivkomitee entlassen wurde, wurde Gorbatschow Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU.

abgehört wurde¹⁶; dies bestätigen auch andere Quellen¹⁷. Jedoch kann bezweifelt werden, daß dies – wie Iliescu angibt – wegen seines »intellektuellen Abweichertums« allein geschah, sondern eher wegen seiner Verbindungen nach Moskau¹⁸: In diesem Jahr, 1971, wurde Gorbatschow Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU. Auffallend ist auch, daß Iliescu in den Jahren nach 1971, als er in der Provinz tätig war, zwar unter Beobachtung stand, jedoch keinen Einschränkungen unterlag, sondern im Gegenteil noch den Zugang zu den Medien und zu einflußreichen Personen im Zentrum der Macht hatte. Diesen Zugang konnte er nutzen und Ansichten vertreten, die, wenn sie weniger wichtige Personen äußerten, hart bestraft wurden. So konnte Iliescu zu einer Zeit, von der er sagt, er sei politisch endgültig ausgeschaltet gewesen¹⁹, in der meistgelesenen rumänischen Literaturzeitschrift einen Artikel veröffentlichen, welcher der offiziellen rumänischen Politik und der Ansicht Ceauşescus zuwiderlief²⁰. In dem Aufsatz »Kreativität und Information« plädierte er für »restructurare« – dem rumänischen Äquivalent für das russische »Perestrojka« – und forderte die Umgestaltung der rumänischen Gesellschaft im Sinne der Gorbatschowschen Konzeption, mehr politische Transparenz und eine grundlegende Demokratisierung der Gesellschaft. Dies ereignete sich zu einer Zeit, in der ein Widerspruch oder gar Widerstand gegenüber der Politik Ceauşescus mit einschneidenden Folgen für die persönliche Sicherheit verbunden war²¹. Die Tatsache, daß Iliescu nach der Veröffentlichung dieses Artikel keine Sanktionsmaßnahmen hinnehmen mußte, sondern sich im Gegenteil als Kandidat für eine Nachfolge Ceauşescus in Gespräch gebracht hatte, legt zwei Thesen nahe: Erstens müssen bestimmte einflußreiche Kreise außerhalb des Ceauşescu-Clans, zu denen Iliescu offensichtlich auch gehörte, diese Forderung nach »restructurare« als Signal nach außen und als Versuch betrachtet haben, die Reaktionen im In- und im Ausland beobachten zu können²². Zweitens muß Iliescu auch einen gewissen Schutz genossen haben, da er diese Forderungen in einem

¹⁶ ILIESCU a.a.O., S. 42-43. Hier gibt er an, seit 1971 beobachtet worden zu sein.

¹⁷ Der ehemalige, unter Ceauşescu nach Amerika geflohene Securitate-General Pacepa bestätigt, daß Iliescu seit 1972 von der Einheit U.M. 0920/A (Unitate Militară [militärische Einheit], 0 steht für »geheim« und 920 war die Code-Nummer des DIE (Departamentul de Informații Externe al României [Abteilung für Auslandsaufklärung Rumäniens]), überwacht wurde. PACEPA a.a.O., S. 15, 301, 449. Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, daß er von einer Einheit der Auslandsaufklärung überwacht wurde.

¹⁸ PACEPA a.a.O., S. 449.

¹⁹ ILIESCU a.a.O., S. 41-42.

²⁰ România Literară [Literarisches Rumänien] vom 3. September 1987. Vgl. hierzu GABANYI a.a.O., S. 25, GILBERG a.a.O., S. 154, PACEPA a.a.O., S. 449-450, WAGNER a.a.O., S. 23.

²¹ In diesem Zusammenhang soll nur an die Demonstrationen in Kronstadt (Braşov) im November 1987 erinnert werden, infolgedessen einige Beteiligte (so wird von Zeugen berichtet) hingerichtet wurden, oder zumindest mit Hausarrest bestraft wurden, wie beispielsweise das spätere Mitglied der »Front zur Nationalen Rettung« Silviu Brucan. Vgl. hierzu GABANYI a.a.O., S. 31.

²² Vgl. hierzu GILBERG a.a.O., S. 154

so wichtigen Organ ungestraft stellen konnte. Dieser Schutz konnte zum einen darin bestehen, daß er Teil der technischen Intelligenz war und zum anderen in den vorangegangenen Jahren einige einflußreiche Positionen bekleidet hatte. Weiterhin war Gorbatschow, den er offensichtlich aus seiner Studienzeit in Moskau kannte, seit über zwei Jahren an der Macht und es kann nicht ausgeschlossen werden, daß diese Konstellation hilfreich für sein (politisches) Überleben war.

2. Die rumänische Revolution von 1989 und Iliescu

Hinweise auf die Frage nach den Eliten in Rumänien, insbesondere der Person Iliescus, geben einige Ereignisse, die im Zusammenhang mit der sogenannten Revolution von 1989²³ stehen. Bereits Anfang 1990 wurde der Vorwurf erhoben, es hätte sich um eine Revolution gehandelt, die in einen Staatsstreich mündete. Es ist unzweifelhaft, daß die Dezemberereignisse mit einer tatsächlichen Volkserhebung begonnen haben, in dessen Verlauf es viele Opfer gegeben hat. Es stellen sich nur die Fragen, inwieweit sich eine reformerische, prosojwetische Gegenelite im kommunistischen Machtapparat der Unruhen bedient und sie genutzt hat, um die Gruppierung um Ceauşescu zu beseitigen, und welche Rolle die Sowjetunion dabei gespielt hat.

Die Mitglieder der *Front*, aber auch sojwetische Politiker, betonten, daß die *Front* nicht vor dem 22. Dezember existiert habe, und daß es sich folglich um keinen Staatsstreich handele²⁴. Dies wird jedoch von vielen Experten bezweifelt. Offensichtlich bestanden in der Zeit vor dem Dezember 1989 nicht nur lose Kontakte zwischen den Hauptakteuren, sondern auch Verbindungen, die auf eine frühere Konstituierung der Gruppierung schließen lassen, die später offiziell *Front der Nationalen Rettung* genannt wurde. Ein Videofilm, der von einem Sprecher der *Front* gedreht wurde, zeigt die Hauptakteure kurz vor der öffentlichen Bekanntgabe der Konstituierung der *Front* am 22. Dezember, wie sie über ihre Bezeichnung debattieren. »Nach einigem Hin und Her stellte General Militaru dabei die Frage, weshalb man sich denn nicht als »Front der Nationalen Rettung«²⁵ präsentieren wolle, als die man sich doch sechs Monate

²³ Eine detaillierte Chronologie der Ereignisse bietet BEATE BEYER: Chronologie der Ereignisse im Zeitraum September 1989 bis zu den ersten freien Wahlen und der Bildung der Regierung unter Petre Roman Ende Juni 1990. In: Südosteuropa 40 (1991), S. 477-492.

²⁴ GABANYI a.a.O., S. 87.

²⁵ Die Bezeichnung als »Front« hat in Rumänien eine historische Tradition. In der Königs-Diktatur der Zwischenkriegszeit wurden am 16. Dezember 1938 alle politischen Parteien liquidiert und in der neugebildeten »Front der Nationalen Wiedergeburt« (Frontul Renaşterii Naţionale) verschmolzen. Eine weitere »Front« war die am 24. Oktober 1968 gegründete »Front der Sozialistischen Einheit« (Frontul Unităţii Socialiste) als die wichtigste politische und repräsentative Körperschaft Rumäniens. Den Namen »Front der Nationalen Rettung« erwähnt auch PACEPA in Zu-

zuvor konstituiert habe.«²⁶ Zudem bestätigte Cazimir Ionescu, ein Stellvertreter der Vorsitzender der *Front*, daß »die »Front« den Umsturz »seit mehr als zwei Jahren geplant« habe«²⁷. Daß diese Aussagen nicht unbegründet sein konnten, verdeutlicht die Haltung der Sowjetunion in den vorangegangenen Jahren. Seit seinem Amtsantritt 1985 hatte Gorbatschow seine Ablehnung der rumänischen Führung gegenüber geäußert, bei seinem Rumänienbesuch im Mai 1987 Ceauşescu offen kritisiert und tiefgreifende Reformen angemahnt²⁸. Zudem hatte der sowjetische ZK-Sekretär Ligatschow im Dezember 1987 deutlich gemacht, daß die Sowjetunion in Rumänien nicht intervenieren würde, wenn Ceauşescu gestürzt werde. Auch Gorbatschow hatte »die internationale Verantwortung Moskaus für die Entwicklung des Sozialismus in den anderen kommunistischen Staaten«²⁹ bekräftigt. Diese kaum verhüllte Aufforderung zur Entmachtung Ceauşescus dürfte die Gegenfraktion in der RKP ermuntert haben, die Beseitigung des Diktators in die Wege zu leiten. Daß der Ausbruch der Revolution dieser zuvorkam kann als historischer Zufall betrachtet werden, während die Tatsache, daß sie diesmal nicht von der Securitate niedergeschlagen wurde, darauf zurückgeführt werden kann, daß der Sicherheitsdienst »eine wichtige, wenn nicht gar entscheidende Rolle gespielt« hat³⁰.

Betrachtet man weiterhin die maßgebliche personelle Zusammensetzung der *Front* der ersten Stunden, verdichten sich die Anzeichen, daß ein Elitenwechsel in Rumänien zwar stattgefunden hat, die neuen und maßgeblichen Eliten jedoch unter Ceauşescu schon Teil der herrschenden Elite waren. Zwar zählte der »Provisorische Rat der Front der Nationalen Rettung« nur fünf Tage nach seiner offiziellen Konstituierung am 22. Dezember 1989 bereits 145 Mitglieder, unter denen auch bekannte Regimekritiker wie Doinea Cornea, Ana Blandiana, Mircea Dinescu, Géza Domokos oder László Tökés waren. Die eigentliche Macht innerhalb des Rates der *Front* hatte jedoch ein Exekutivbüro, das aus elf Mitgliedern³¹ bestand und nicht gewählt war, sondern sich selbst konstituiert hatte. Hier fällt auch auf, daß darunter fast ausnahmslos Altfunktionäre der

sammenhang mit dem von der Sowjetunion unterstützten »Plan Dnestr« von 1969, der die Ersetzung Ceauşescus durch sowjetloyale Kader der RKP vorsah. PACEPA a.a.O., S. 302-307.

²⁶ GABANYI a.a.O., S. 88-89.

²⁷ GABANYI a.a.O., S. 89.

²⁸ Vgl. hierzu ANNELIE UTE GABANYI: Rumänien im Zeichen von Perestrojka und Glasnost. Von der Scheinreform zur Gegenreform. In: Osteuropa 39 (1989), S. 746-759.

²⁹ ANNELIE UTE GABANYI: Am Vorabend der Revolution: Ceauşescu unter Druck. In: Südost-europa 39 (1990), S. 92.

³⁰ GABANYI: Revolution a.a.O., S. 92.

³¹ Ion Iliescu (Vorsitzender), Dumitru Mazilu (Erster Stellvertretender Vorsitzender), Cazimir Ionescu und Király Károly (Stellvertretende Vorsitzende), Dan Marţian (Sekretär), Bogdan Teodoriu, Vasile Neacsu, Silviu Brucan, Gheorghe Manole, Ion Caramitru, Nicolae Radu (Mitglieder).

Kommunistischen Partei vertreten waren³², die bereits in den ersten Tagen und Wochen die Übernahme des Machtapparats bis auf die lokalen Ebenen zu erreichen suchten, durch gesetzgeberische Maßnahmen den Rahmen für die zukünftige Entwicklung schaffen wollten und personalpolitische Umbesetzungen zu ihren Gunsten unternahmen³³.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß offensichtlich ein Teil des alten Machtapparats versucht hat, die eigene Macht abzusichern, »indem sie die Ceauşescu-treue Gruppe eliminierte und damit Reformen möglich machte. [...] [Auch] sollte nur die oberste politische Ebene – die der Minister – ausgetauscht werden, der gesamte Apparat sollte erhalten bleiben.«³⁴ Der Elitenwechsel in Rumänien vollzog sich in dieser ersten Phase innerhalb der bereits herrschenden Elite. An die Macht kam derjenige Teil der rumänischen politischen Elite, der in den vorangegangenen Jahren und Jahrzehnten von Ceauşescu marginalisiert worden war, weil sie entweder den nationalkommunistischen Zielen nicht entsprachen, zu enge Verbindungen nach Moskau hatten, oder Reformen im Sinne Gorbatschows forderten. Dabei ging es bei diesem Elitenwechsel nicht um die Demokratisierung des Landes nach westlich-demokratischen Kriterien oder um die Schaffung einer offenen Gesellschaft, sondern um die Reform des System in den vom Reformkommunismus vorgegebenen Grenzen. Aufschluß über diese Grenzen geben einige Überlegungen beziehungsweise Ziele, die der Rat der *Front* hatte.

3. Das postrevolutionäre Rumänien. Transformation versus Reform

3.1. Die »originäre Demokratie« und der Pluralismus

Die Haltung des Rats der *Front*, insbesondere des engen Kreises um Iliescu und das Exekutivbüro, zu Fragen der gesellschaftlichen und politischen Umgestaltung verdeutlichen die vorherrschende Demokratieauffassung und Zielsetzung. Daß es jedoch auch Mitglieder im Rat gab, die diesen Zielen nicht folgen wollten veranschaulichen die Beispiele derjenigen Dissidenten, die nach der Eintragung der *Front* als Partei selbige verließen³⁵. Bereits am 31. Dezember

³² Vgl. hierzu GABANYI: Revolution a.a.O., S. 61. OTHMAR KOLAR: Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Rumänien nach dem Dezember 1989. In: Österreichische Osthefte 34 (1992), S. 518. RADY a.a.O., S. 131.

³³ Vgl. hierzu GABANYI: Revolution a.a.O., S. 61-64.

³⁴ THOMAS WINDERL: Machteliten im Systemwechsel: Über Wandel und Kontinuität osteuropäischer Eliten. In: Südosteuropa 43 (1994), S. 626.

³⁵ Darunter waren auch die Hochschullehrerin Doina Cornea und die Schriftstellerin Ana Blandiana. Vgl. hierzu TOM GALLAGHER: A Feeble Embrace: Romania's Engagement With Democracy, 1989-94. In: Journal of Communist Studies and Transition Politics 12 (1996), S. 147-149.

1989 wurde der politische Pluralismus gesetzlich verankert und eine Unzahl von Parteien gegründet³⁶. Ermöglicht hatte dies ein Registrierungsmodus, der mit 251 Personen eine äußerst geringe Mitgliederzahl vorsah. Neben den Parteien entstand auch eine Vielzahl von Gewerkschaften, Standesorganisationen, Interessenverbänden und sonstigen Vereinigungen, die oftmals auf der Grundlage der »Interessenvertretungen aus der Ceauşescu-Ära unter neuen Namen in ihren alten Räumlichkeiten mit ihren alten Mitarbeitern«³⁷ entstanden sind. Daneben sind auch andere Vereinigungen oder Verbände gegründet worden, die explizit einen nationalorientierten Charakter haben und später in der rumänischen Politik eine nicht unbedeutende Rolle spielen sollten.

Auf den ersten Blick scheint diese Gründungswelle keinen pejorativen Charakter zu haben. Betrachtet man jedoch die politische Programmatik und die Verbindungen vieler neuer Parteien zu den führenden Vertretern der *Front*, so stellt man fest, daß viele dieser Neugründungen Phantom-, Stroh- oder Satellitenparteien der *Front* waren. Sie sind »vielfach Parteien ohne Rückgrat, ohne Programm, ohne Persönlichkeiten«, deren einziges Ziel es ist, die »pseudo-parlamentarische Parität zugunsten der Front aufzubessern«³⁸. So schätzte die tatsächliche Opposition Anfang 1990 die Zahl der von der *Front* erfundenen Parteien auf weit über die Hälfte aller registrierten politischen Vereinigungen. Darüber hinaus ist es aber auch als überaus problematisch zu bewerten, wenn die Parteienlandschaft bewußt derart zersplittert wird. Dadurch wurde in der Folgezeit – insbesondere bei den ersten Wahlen – der Pluralismusgedanke *ad absurdum* geführt und die Angst der Bevölkerung vor der Demokratie und der neu gewonnenen Freiheit geschürt.

In diesem Zusammenhang deutet sich auch das Demokratieverständnis der *Front* ab und ist durch die Vorstellung der »originären rumänischen Demokratie« charakterisiert. Die Feststellung, daß viele der neuentstandenen Parteien mit der Programmplattform der *Front* übereinstimmten wäre, so die Haltung der führenden Mitglieder der *Front*, »eine neue Form des politischen Pluralismus«³⁹. Diese »neue Form« manifestierte sich demnach nicht nur in der ungewöhnlich hohen Zahl politischer Parteien, sondern insbesondere in den Programmen dieser Parteien. Vor dem Hintergrund der Erkenntnis, daß viele dieser Neugründungen Phantomparteien der *Front* waren, muß auch die weitere Haltung der *Front* zu diesen Parteien und zum Pluralismus im allgemeinen gedeutet werden. Die *Front* sollte nämlich, so wurde erklärt, »so breit sein, daß »sehr wenig Platz außerhalb von ihr« übrig bleiben werde. »Das ist unsere

³⁶ Eine Aufzählung der in den ersten Monaten des Jahres 1990 registrierten Parteien findet sich bei ANNELIE ÜTE GABANYI: Rumänien: Einmal Demokratie – und zurück? In: Südosteuropa 39 (1990), S. 277-278.

³⁷ GABANYI: Rumänien a.a.O., S. 279.

³⁸ *România Liberă* vom 17. 2. 1990, zitiert nach GABANYI: Rumänien a.a.O., S. 281.

³⁹ So der »Chefideologe« der Front, Silviu Brucan. GABANYI: Rumänien a.a.O., S. 280.

Strategie«. »Im Programm der Front können sich alle politischen Richtungen wiederfinden« [...] Man strebe »einen neuen politischen Pluralismus« an.⁴⁰ Dieser neue Pluralismus sollte sich offensichtlich nicht in einem Parteienpluralismus westlicher Provenienz manifestieren, sondern in einer »originär« rumänischen Form. Iliescu argumentierte, daß das Mehrparteiensystem den Aufstieg des Faschismus nicht hatte verhindern können, daß die westliche Demokratie ebensowenig eine »echte« Demokratie sei wie der westliche Pluralismus. Demnach könne das westliche Beispiel keine Vorbildfunktion für Rumänien haben, sondern das Land müsse nach dem historischen Bruch infolge der Revolution einen eigenen Weg einschlagen. Dieser eigene Weg war für Iliescu durch die Revolution vorgegeben, welche die Rahmenbedingungen der »rumänischen Demokratie des ausgehenden 20. Jahrhunderts«⁴¹ geschaffen hat. Für diese »originäre Demokratie«, die ideale Form der Demokratie, steht einzig die *Front der Nationalen Rettung*, die den Pluralismus verkörpert.

Eine Analyse des Erwähnten ergibt vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die *Front* im Januar 1990, als diese Aussagen gemacht wurden, noch nicht als politische Partei registriert war, sowohl das Selbst- als auch das Demokratieverständnis der meisten Ratsmitglieder. Die »originäre Demokratie« und der rumänische Pluralismus sollten aus einer Vielzahl von Parteien bestehen, die programmatisch sehr wohl zur konzeptionellen Plattform der *Front* als Überorganisation – und nicht als Partei – paßten. Meinungspluralismus sollte innerhalb eines durch die *Front* vorgegebenen Rahmens und nicht in einem Parteienpluralismus westlicher Prägung bestehen. Dabei scheint sich auch eine Art »Richtlinienkompetenz« der *Front* anzudeuten⁴², da sie sich als pluralistische Organisation und nicht als Partei definierte, deren Strategie die Einbringung der anderen Parteien in die eigenen Konzeptionen war.

In diesem Zusammenhang und mit Blick auf die ersten Wahlen im Mai 1990 muß auch die Abschaffung der Einparteienherrschaft am 22. Dezember 1989 gedeutet werden. Damit war zwar eine Einparteienherrschaft, wie sie der Bevölkerung unter Ceauşescu bekannt war, ausgeschlossen; zugleich aber schloß sie auch die Möglichkeit einer Regierungsbildung durch eine frei gewählte, demokratische Partei aus. Diese Auffassung und die rechtliche Lage ließ jedoch die Möglichkeit einer Einfront-Regierung offen, da die *Front* nicht als politische Partei, sondern als »Massenbewegung« auftrat⁴³. Diese Interpretation des Verbots einer Einparteienherrschaft änderte sich erst, nachdem sich die Bevölkerung zunehmend von der *Front* distanzierte, was zur Folge hatte, daß sie sich am 6. Februar 1990 beim Bukarester Stadtgericht als Partei registrieren ließ.

⁴⁰ GABANYI: Rumänien a.a.O., S. 280.

⁴¹ GABANYI: Rumänien a.a.O., S. 280-281.

⁴² Vgl. hierzu GALLAGHER a.a.O., S. 148.

⁴³ Vgl. hierzu GABANYI: Revolution a.a.O., S. 200.

3.2. Die Wahlen von 1990

Chancenungleichheiten der verschiedenen Parteien kennzeichnete den Wahlkampf im Vorfeld der ersten freien Wahlen nach der kommunistischen Machtübernahme. Die Vielzahl der Parteien, die einen Meinungspluralismus vortäuschen sollte, führte zu einer Verunsicherung der demokratieunerfahrenen Bevölkerung, die infolge der zumeist gleichen oder zumindest äußerst ähnlichen Parteiprogrammen und den unbekannten Kandidaten kaum Unterscheidungskriterien finden konnten. Nur die traditionellen Parteien der Vorkriegszeit – die Nationale Bauernpartei (Partidul Național-Țărănesc), die Nationalliberale Partei (Partidul Național-Liberal) und die Sozialdemokratische Partei (Partidul Social-Democrat) – und der Demokratische Verband der Ungarn in Rumänien (Uniunea Democrată a Maghiarilor din România; ungarisch: Romániai Magyar Demokrata Szövetség) konnten sich in aus der Masse der Parteien abheben.

Des weiteren konnten sich die Parteien auf sehr unterschiedliche Ressourcen stützen. Während die *Front* über das Parteivermögen der Kommunistischen Partei verfügte, mußten die übrigen Parteien mit den zugeteilten Wahlkampfszuschüssen ihren Wahlkampf führen. Zudem konnte die *Front* auf die Infrastruktur der Kommunistischen Partei zurückgreifen, zu der es – wie bereits erwähnt – zum Teil sehr enge personelle Verbindungen gab, und den Funktionären monatlich 7000 Lei zahlen – mehr als das Doppelte des Durchschnittseinkommens in Rumänien⁴⁴. Dies ermöglichte der *Front* die Abhaltung großer Wahlveranstaltungen im ganzen Land, aber auch in den Betrieben: Eine Wahlkampftribüne, die den Oppositionsparteien verschlossen blieb. Weiterhin profitierte sie von ihrer dominanten Position in der »Übergangsregierung«, wodurch sie den besseren Zugang zu den Medien, insbesondere dem Fernsehen hatte. Dieses Medium spielte im Wahlkampf eine herausragende Rolle, weil es durch den Revolutionsbonus besonders glaubhaft erschien und weite Teile der Bevölkerung, auch den armen und wenig gebildeten Teil in den ländlichen Gebieten, erreichen konnte. Die Berichterstattung des Fernsehens war derart parteiisch und günstig für die *Front*, daß es am 4. Februar 1990 zu Demonstrationen vor dem Bukarester Rundfunkgebäude kam⁴⁵.

Doch nicht nur die Chancenungleichheit führte zum Sieg der *Front*, sondern auch die Unfähigkeit der demokratischen Oppositionsparteien sich zu einigen und ein geeignetes Wahlbündnis ins Leben zu rufen. Zudem mißtrauten weite Teile der Bevölkerung den zurückgekehrten Emigranten, die den großen Oppositionsparteien vorstanden, und befürchteten soziale Spannungen durch einen politischen und wirtschaftlichen Kurswechsel.

⁴⁴ Vgl. hierzu ANNELIE UTE GABANYI: Die Wahlen in Rumänien. In: Südosteuropa 39 (1990), S. 419.

⁴⁵ Vgl. hierzu TOM GALLAGHER: Romania After Ceaușescu. The Politics of Intolerance. Edinburgh 1995, S. 100.

Bei den Wahlen vom 20. Mai 1990 konnte die *Front* 85,07 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen, während Radu Câmpeanu (Nationalliberale Partei) 10,64 Prozent und Ion Rațiu (Nationale Christlich-Demokratische Bauernpartei) 4,29 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielten. Die Wahl zur Abgeordnetenversammlung und zum Senat veranschaulicht folgende Tabelle⁴⁶, wobei in dieser Aufstellung nur die ersten fünf in der Reihenfolge wiedergegeben werden.

Partei	Abgeordnetenversammlung		Senat	
	Stimmen	in Prozent	Stimmen	in Prozent
Front der Nationalen Rettung	9.089.659	66,31	9.353.006	67,02
Demokratischer Verband der Ungarn in Rumänien	991.601	7,23	1.004.353	7,20
National-Liberale Partei	879.290	6,41	985.094	7,06
Ökologische Bewegung	358.864	2,62	431.278	2,40
Nationale Christlich-Demokratische Bauernpartei	351.357	2,56	348.687	2,50

Der Wahlverlauf wurde von internationalen Beobachtern verfolgt und insgesamt als positiv beurteilt, obwohl »ernsthafte Verzerrungen und Unregelmäßigkeiten des Wahlvorgangs zugunsten der Front der Nationalen Rettung«⁴⁷ festgestellt wurden. Dennoch haben diese Vorkommnisse während der Wahl das Endergebnis nicht derart beeinflussen können, daß ein Wahlsieg der *Front* ohne diese Unregelmäßigkeiten nicht zustande gekommen wäre.

4. Iliescu als Staatspräsident

4.1. Die erste Präsidentschaft Iliescus

Nachdem die parteiische Berichterstattung des Fernsehens zu den erwähnten Demonstrationen geführt hatte, kam es auf dem Bukarester Universitätsplatz ab dem 22. April 1990 zu Kundgebungen von Studenten und Intellektuellen. Diese Demonstration für die Errichtung einer Demokratie im westlichen Sinne und gegen die »originäre Demokratie« der *Front* wurde auch in den drei Wochen nach den Wahlen weiter fortgeführt und entwickelte sich zu einer informellen Opposition. Erst am 13. Juni 1990, nachdem Iliescu »loyale Bürger« aufgerufen

⁴⁶ Zu den hier wiedergegebenen Zahlen, zu den Stimmabgaben bei den Präsidentschaftswahlen nach Parteizugehörigkeit und Sitzverteilungen siehe GABANYI: Die Wahlen in Rumänien a.a.O., S. 405-143.

⁴⁷ So urteilte das US-Außenministerium. Siehe GABANYI: Die Wahlen in Rumänien a.a.O., S. 417.

hatte, die Regierung vor den »Taugenichtsen«⁴⁸ auf dem Universitätsplatz zu schützen, wurde der Universitätsplatz geräumt. Etwa 10.000 Bergarbeiter trafen in der Hauptstadt ein und es kam zwischen ihnen und den Oppositionellen zu Straßenschlachten, in deren Verlauf auch die Büros der Oppositionsparteien verwüstet wurden. Iliescu bedankte sich bei den Bergarbeitern für die Hilfe gegen die Taugenichtse und sah hinter den Demonstrationen »Kräfte im In- und Ausland, die rechtsgerichtete Kräfte in allen osteuropäischen Ländern an die Macht bringen wollen«.⁴⁹ Diese Diffamierung der Demonstranten und ihre gewalttätige Vertreibung, die vom Staatspräsidenten begrüßt und sogar herbeigeführt wurde, löste Proteste in ganz Europa aus, verschlechterte das Image der rumänischen Regierung nachhaltig und führte zum sofortigen Stop der wirtschaftlichen Beihilfen seitens der Europäischen Gemeinschaft.

Aufgrund dieser internationalen Reaktionen versuchte die rumänische Regierung in den folgenden Monaten ihr Image nach außen hin zu verbessern, setzte aber innenpolitisch weiter auf die nachhaltige Festigung ihrer Macht. Bereits im Juli des selben Jahres begann Ministerpräsident Petre Roman mit der Ablösung der zu Jahresbeginn ernannten Bürgermeister und ersetzte sie durch Politiker, die der *Front* eindeutig loyal gegenüberstanden. Außerdem wurde das Amt des Präfekten⁵⁰ wieder eingeführt und ebenfalls mit regierungstreuen Amtsträgern besetzt, auch wenn das lokale Wahlverhalten eine andere Besetzung erfordert hätte. Dies betraf insbesondere die mehrheitlich ungarisch bewohnten Kreise Harghita und Covasna, was zu Protesten der betroffenen Bevölkerung führte. Infolge dieser Proteste wurde hier das Präfektenamt geteilt und mit jeweils einem ungarischen und einem rumänischen Präfekten besetzt. Diese Teilung sollte bis zu den ersten Kommunalwahlen im Jahr 1992 bestehen bleiben.

Diese Maßnahmen zur Verwaltungsorganisation waren eine eindeutige Absage an die Forderung zur Dezentralisierung der Verwaltungsstrukturen und bedeuteten eine Beibehaltung der vorhandenen zentralistischen Gegebenheiten. Dies betraf jedoch nicht nur die Verwaltung als Struktur, sondern auch deren Implementierung, da auf regionale Erfordernisse und lokale politische Präferenzen bei den personellen Entscheidungen keine Rücksicht genommen wurde. Die folgenden Monate waren demzufolge von einer Politik der Stabilisierung der Macht des Staatspräsidenten und der *Front* gekennzeichnet. Hierbei spielte nicht nur die Personalpolitik eine Rolle, sondern auch die ethnische Komponente, die zur Machtsicherung der frontnahen politischen Elite durch Polarisie-

⁴⁸ Rumänisch: golani.

⁴⁹ GALLAGHER: Romania After Ceauşescu, S. 104.

⁵⁰ Der Präfekt ist die höchste Autorität in einem Kreis (Judeţ), wobei ein Kreis die oberste Verwaltungsebene darstellt. Der Präfekt ist selbständig und nur dem Ministerpräsidenten direkt verantwortlich.

rung mißbraucht wurde. Auf diesen Aspekt soll weiter unten eingegangen werden.

Die nachrevolutionäre politische Elite Rumäniens mußte jedoch trotz des überwältigenden Wahlsiegs in den darauffolgenden Monaten Sympathieverluste hinnehmen. Ein großer Teil der Wählergruppe, die bei den Wahlen für die *Front* gestimmt hatte, setzte sich aus der ehemaligen Zielgruppe der Kommunistischen Partei – landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter, Mitglieder der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und ein Teil der technischen Intelligenz – zusammen. Diese Gruppe schloß sich der *Front* an, weil sie in einem Teil der *Front* die Elite aus vorrevolutionärer Zeit erkannte und sich von ihnen eine Fortführung des »Sozialkontraktes«, der ideell zwischen Kommunisten und der Bevölkerung bestanden hatte, versprach⁵¹. Die Regierung unter Petre Roman setzte auf einen schrittweisen ökonomischen Wandel innerhalb von zwei bis drei Jahren auf gesetzlicher und institutioneller Ebene. Durch den angestrebten sanften Übergang zu marktwirtschaftlichen Strukturen und der Eingliederung der rumänischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft sollten negative Folgen wie Inflation, Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit vermieden werden. Doch bereits die ersten Maßnahmen zur Transformation des ökonomischen Systems⁵² enttäuschten diese Hoffnungen und es zeichnete sich eine Polarisierung innerhalb der *Front* ab. Während die *Front* als Partei – zu dieser Seite kann man hier auch Iliescu zählen – »offenbar mehr als die Mitglieder der Regierung mit überkommenen kommunistischen Denkvorstellungen behaftet«⁵³ war, versuchte die Regierung die Schaffung der Rahmenbedingungen für eine soziale Marktwirtschaft voranzutreiben. Damit zeichnete sich innerhalb dieser Elite – auf deren einer Seite Iliescu stand, der sich zu den »sogenannten ›humanistischen Werten‹ des Kommunismus bekannte«, und auf der anderen Seite »die ›Jungtürken‹ in Petre Romans ›Regierung der Technokraten‹ [...]«⁵⁴ – der Bruch ab, der nicht nur rein wirtschaftstheoretischer Natur war, sondern auch Romans Abgrenzungsversuch vom Kommunismus und dem ehemaligen RKP-Funktionär Iliescu.

In diese Phase der parteiinternen Auseinandersetzungen fiel die Kommunalwahl vom 9. Februar 1992. Angesichts dieses Machtkampfes, der Roman bereits im September des Amt des Ministerpräsidenten gekostet hatte, und der immer lauter werdenden Kritik an der *Front* als »Auffangbecken« für ehe-

⁵¹ Vgl. hierzu ANNELIE UTE GABANYI: Präsident Iliescu gegen Premier Roman: Frontenbildung in der »Front der Nationalen Rettung«. In: Südosteuropa 40 (1991), S. 424-425.

⁵² Beispielsweise das »Gesetz über die Neustrukturierung der Staatsbetriebe in selbstverantwortliche Verwaltungseinheiten und Gesellschaften des Handelsrechts« (Gesetz 30/1990) vom 31. Juli 1990 oder der Beginn der Preisliberalisierung (1. Phase der Preisreform) am 1. November 1990. Vgl. hierzu PETER-UDO ROSENAU: Rumänien am Jahreswechsel 1990/91. Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Köln im März 1991.

⁵³ ROSENAU a.a.O., S. 2.

⁵⁴ GABANYI: Präsident Iliescu gegen Premier Roman a.a.O., S. 425-426.

malige kommunistische Funktionäre hatte die Führung der *Front* beschlossen, »auf ehemalige bezahlte Funktionäre des alten Regimes zu verzichten«.⁵⁵ Dennoch mußte sie erhebliche Stimmenverluste hinnehmen und erreichte nur noch 40,33 Prozent der Mandate in den Gemeinderäten und stellte noch 47,74 Prozent aller Bürgermeister. Interessant ist in diesem Zusammenhang die erstmalig feststellbare Distanzierung Iliescu und der *Front* von den offensichtlichen Verbindungen zur alten kommunistischen Elite. Der Versuch, den Popularitätsverlust durch eine Absage an die ehemals kommunistischen Funktionsträger aufzuhalten, führte nicht zu dem gewünschten Erfolg und entzweite die Partei zusätzlich. So kam es auch auf dem Parteikonvent einen Monat später zur Abspaltung des reformfeindlichen Flügels, der Iliescu unterstützte; dieser Teil der *Front* konstituierte sich im Juni 1992 als »Demokratische Front der Nationalen Rettung« (Frontul Democrat al Salvării Naționale).

4.2. Die widernatürliche Allianz und die zweite Präsidentschaft Iliescu

Diese Spaltung der *Front* beeinflusste die gesamte politische Konstellation und den Wahlkampf um die erneute Wahl des Staatspräsidenten im September 1992. Die Konstellation vor dieser zweiten Präsidentschaftswahl im nachrevolutionären Rumänien war durch stark gewordene nationalistische Bewegungen und Parteien geprägt. Bereits nach der Kommunalwahl hatte sich das Erstarken dieser Gruppen abgezeichnet und Iliescu veranlaßte, sich ihren Thesen und Themen »wohlwollend« zu widmen, zumal sich die *Front* ohnehin des Nationalismus als Mobilisierungspotential bereits seit dem März 1990 bedient hatte.⁵⁶ Die »Rumänische Heimstatt« (Vatra Românească), eine sogenannte kulturelle Vereinigung, die »Partei der Nationalen Einheit der Rumänen« (Partidul Unității Naționale a Românilor) und die »Großrumänische Partei« (Partidul România Mare) benutzten eine äußerst aggressive Propaganda, waren fremdenfeindlich, antidemokratisch, antireformerisch und antiwestlich eingestellt, unterstützten aber gemeinsam mit den verschiedenen KP-Nachfolgeparteien den Staatspräsidenten. Dies ist kein Widerspruch, wenn man die historischen Gegebenheiten Rumäniens in die Überlegungen einbezieht. Die Forderungen dieser nationalistischen Organisationen reichen von der Rehabilitierung politischer Kader der Ceaușescu-Ära bis hin zur Aufstellung von Nationalgarden. Eigentlich rechtsextremistische Gedanken wurden mit linksextremen bis hin zu Ceaușescu-spezifischen Forderungen verquickt, so daß sie als »rechts-links-

⁵⁵ ANNELIE UTE GABANYI: Kommunalwahlen in Rumänien. In: Südosteuropa 45 (1996), S. 783.

⁵⁶ Vgl. hierzu ANNELIE UTE GABANYI: Nationalismus in Rumänien. In: MARGARETA MOMMSEN [Hg.]: Nationalismus in Osteuropa. Gefährliche Wege in die Demokratie. München 1992, S. 155-157. Im März 1990 kam es in der siebenbürgischen Stadt Târgu Mureș zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Rumänen und Angehörigen der ungarischen Minderheit.

extremistisch«⁵⁷ bezeichnet wurden. Der Grund für diese Begriffsverwirrungen im posttotalitären Rumänien liegt wohl im nationalkommunistischen Kurs in der Zeit Ceaușescus begründet, der sich der ethnischen Diversion zur Machtsicherung und zum Ausbau der totalitären Strukturen bediente.⁵⁸ Dadurch wurde die nationalistische Argumentationsweise Teil der politischen Kultur und wurde allem Anschein nach auch von den überlebenden Eliten in den ersten postrevolutionären Jahren als legitimes und vor allem funktionsfähiges Mittel der Machtsicherung betrachtet.

Untersucht man die personelle Zusammensetzung dieser nationalistischen Organisationen und Parteien, so stellt man fest, daß »dies jene ehemaligen Funktionäre aus Partei, Securitate und Armee [sind], denen wegen ihrer über großen Nähe zum nationalkommunistischen Ceaușescu-Regime der Zugang zu den neuen Machtstrukturen in der Regierung, der Armee und dem neuen rumänischen Sicherheitsdienst SRI verwehrt geblieben sind.«⁵⁹ Iliescu selbst ist zwischen diesen Personen und der herrschenden Elite das stärkste verbindende Element, was auch das Zustandekommen der widernatürlichen Allianz erklärt. Diese widernatürliche Allianz zwischen dem Staatspräsidenten und den nationalistischen Organisationen, die sich besonders auf lokaler Ebene auswirkte, beeinflusste auch den Wahlkampf zu den zweiten Präsidentschaftswahlen im September 1992. Gheorghe Funar, der Präsidentschaftskandidat der »Partei der Nationalen Einheit der Rumänen« und Bürgermeister der siebenbürgischen Stadt Klausenburg (Cluj-Napoca, ung.: Kolozsvár) erreichte bei dem ersten Wahldurchgang am 27. September 1992 10,87 % aller Stimmen (Iliescu: 47,34 und Emil Constantinescu, der Kandidat der »Demokratischen Convention Rumäniens« – einem Wahlbündnis der meisten demokratischen Oppositionsparteien – erhielt 31,24%), was eine zweite Wahl am 11. Oktober erforderlich machte.⁶⁰ Hier erzielte Iliescu zwar die notwendige absolute Mehrheit, die »Demokratische Front der Nationalen Rettung« erreichte jedoch im Abgeordnetenhaus nur 27,71 % aller Stimmen. Es wurde eine Regierung unter dem unabhängigen, aber Iliescu-nahen Kandidaten Văcăroiu gebildet, die von der widernatürlichen Allianz, der »Demokratischen Front der Nationalen Rettung«,

⁵⁷ GABANYI: Nationalismus in Rumänien a.a.O., S. 161.

⁵⁸ Vgl. zum nationalkommunistischen Kurs und zu nationalistischen Strömungen im kommunistischen Rumänien unter anderem: GILBERG a.a.O.; PETER F. SUGAR [Ed.]: Ethnic Diversity and Conflict in Eastern Europe. Santa Barbara 1980; PETER F. SUGAR, IVO J. LEDERER [Eds.]: Nationalism in Eastern Europe. Seattle 1969; TROND GILBERG: Modernization, Human Rights, Nationalism. In: GEORGE KLEIN, MILAN J. REBAN [Eds.]: The Politics of Ethnicity in Eastern Europe. New York 1981, S. 185-211; ANNE FAY SANBORN, GEZA WASS DE CZEGE [Eds.]: Transylvania and the Hungarian-Romanian Problem. Astor, Florida 1979.

⁵⁹ GABANYI: Nationalismus in Rumänien a.a.O., S. 161.

⁶⁰ GALLAGHER: Romania After Ceaușescu a.a.O., S. 126-127.

den bereits erwähnten nationalistischen Parteien⁶¹ und der »Sozialistischen Partei der Arbeit« unterstützt wurde.

Diese zweite Präsidentschaft Iliescus war von einer Blockbildung im Parteiensystem gekennzeichnet. Im Juli 1993 fusionierte die Iliescu-treue »Demokratische Front der Nationalen Rettung« mit kleinen Satellitenparteien und wurde in »Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens« umbenannt. In der Folgezeit versuchte sie erfolgreich, durch administrativ-bürokratische Maßnahmen ihren Einfluß auszudehnen und ersetzte kommunale Politiker durch Funktionäre, die der Partei treu waren⁶². Zusammen mit den nationalistischen Parteien bildeten sie die widernatürliche Regierungallianz. Ihr stand das oppositionelle Bündnis der »Demokratischen Convention« gegenüber, an deren Spitze der Präsidentschaftskandidat Emil Constantinescu stand.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen im Juni 1996 kam es zu Spannungen in der Regierungallianz⁶³, die schließlich zu einer Aufkündigung der Zusammenarbeit führten. Obwohl es auch im Oppositionsbündnis zu Turbulenzen kam schnitt das Bündnis besser ab, als bei den vorangegangenen Kommunalwahlen⁶⁴. Wichtiger in der Frage nach den neuen Eliten in Rumänien sind aber die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 3. November 1996.

Partei	Abgeordnetenkommission	Senat
	in Prozent	in Prozent
Demokratische Convention	30,17	30,70
Partei der Sozialen Demokratie	21,52	23,08
Sozialdemokratische Union	12,93	13,16
Demokratische Verband der Ungarn in Rumänien	6,64	6,81
Großrumänische Partei	4,46	4,54
Partei der Nationalen Einheit der Rumänen	4,36	4,22

	1. Wahldurchgang ⁶⁵ (3. Nov. 1996) in Prozent	2. Wahldurchgang (17. Nov. 1996) in Prozent
Ion Iliescu	32,25	45,59
Emil Constantinescu	28,21	54,41

⁶¹ Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus erhielt die »Partei der Nationalen Einheit der Rumänen« 7,72 % der Stimmen (Senat 8,12%) und die »Großrumänische Partei« 3,9 % (Senat 3,85 %).

⁶² GABANYI: Kommunalwahlen in Rumänien a.a.O., S. 786-788.

⁶³ Zu den Gründen des Zerfalls siehe GABANYI: Kommunalwahlen in Rumänien a.a.O., S. 794-795.

⁶⁴ GABANYI: Kommunalwahlen in Rumänien a.a.O., S. 799-808. Siehe auch MICHAEL SHAFIR: Opting for Political Change. In: Transition 2 (1996) 52, S. 12-16.

⁶⁵ Hier ohne die anderen Kandidaten, die sich zur Stichwahl nicht qualifizieren konnten.

Diese Wahlen führten zu einer Neuordnung der politischen Landschaft Rumäniens und sozusagen zur Vollendung der Revolution von 1989. Dabei fand nicht nur ein Systemwechsel statt, sondern auch ein weitreichender Elitenwechsel innerhalb des politischen Systems. Mit dem Verlust der Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments und mit der Neubesetzung des Präsidentenamtes wurde die alte politische Elite weitgehend aus dem Regierungsapparat verbannt und die Verflechtungen mit der Verwaltung und der staatlich kontrollierten Wirtschaft abgelöst⁶⁶. Dies war, anders als 1989 möglich, da sich in den knapp sieben Jahren, in denen auch positive Entwicklungen in Richtung einer westlichen Demokratie erfolgt sind, eine demokratische und letztendlich regierungsfähige Gegenelite entwickeln konnte.

5. Überlegungen zur typologischen Einordnung des ehemaligen rumänischen Präsidenten Iliescu

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt existiert weder eine kohärente und umfassende Theorie über Machteliten in den postsozialistischen Staaten Ost- und Südosteuropas, noch ein zufriedenstellendes theoretisches Konzept zum Wechsel der Eliten. Die Versuche, diesen Elitenwechsel in den Ländern des ehemaligen Ostblocks zu erklären und in ein aussagekräftiges Modell zu fassen, scheitern an den grundverschiedenen gesellschaftlichen, historischen und traditionsbedingten Voraussetzungen, welche die betreffenden Länder unterscheiden. Die gemeinsamen Erfahrungen der kommunistischen Herrschaft mit ähnlichen – aber in entscheidenden Punkten dennoch abweichenden – systemaren Auswirkungen, bildeten nicht die alleinige Grundlage für die Elitenbildung und letztendlich für den Elitenwechsel am Ende der achtziger Jahre. Historische Erfahrungen der Bevölkerung, ökonomische Voraussetzungen und deren Perzeption im Land, Dauer und Intensität⁶⁷ der kommunistischen Herrschaft, ethnische Strukturen und geographische Lage sind einige der entscheidenden Faktoren, welche die Elitenbildungen und schließlich auch den Elitenwechsel beeinflussen. Daher ist jeder Versuch, eine allgemeingültige Typologie des Elitenwechsels zu formulieren, äußerst problematisch. Dennoch sollen im

⁶⁶ ANNELIE UTE GABANYI: Rumänien: Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1996. In: Südost-europa 46 (1997), S. 119.

⁶⁷ Von einer unterschiedlichen Intensität der kommunistischen Herrschaft kann man bei genauer Betrachtung der einzelnen ost- und südosteuropäischen Ländern durchaus sprechen. Die verschiedenartige Durchsetzung sowjetischer Ideen im politischen und wirtschaftlichen Bereich legt eine Unterscheidung in dieser Hinsicht nahe. Der vergleichsweise großzügigen innenpolitischen Freiheit im sozialistischen Ungarn steht als Kontrast die restriktive rumänische oder bulgarische Innenpolitik gegenüber. Dem hohen Anteil privatwirtschaftlich genutzter Agrarfläche in Polen steht die verstaatlichte Landwirtschaft Rumäniens gegenüber.

folgenden einige Überlegungen zur Typologisierung des rumänischen Staatspräsidenten Ion Iliescu – der als »Mischtyp« bezeichnet wird⁶⁸ – angestellt werden.

Wird die Einteilung der Präsidententypen, wie sie Pradetto⁶⁹ vorschlägt, in »Überlebende«, »Reformer«, »Wendehälse«, »Fachleute« und »Oppositionellen- und Dissidententyp« zugrundegelegt, so wird deutlich, daß die Charakterisierung als »Mischtyp« richtig, aber wenig zufriedenstellend ist. Ein sogenannter »Überlebender« oder auch ein »Dissident« ist charakterisiert durch eine »Weltanschauung und politische Betätigung [infolgedessen er] vom Regime bedrängt wurde«⁷⁰. Eine oppositionelle Tätigkeit, Dissidententum oder der völlige Rückzug aus der Politik sind weitere Merkmale dieser Gruppe. Vergleicht man diese *per definitionem* vorformulierten Kennzeichen mit der Biographie Iliescus, so stellt man fest, daß diese Kategorie nicht zutreffen kann. Zwar beansprucht Iliescu diesen Status eines »Bedrängten«, der wegen seiner Weltanschauung verfolgt wurde. Doch bestand diese sogenannte Verfolgung – wie eingangs gezeigt – nicht in dem Verlust persönlicher oder materieller Sicherheit, sondern lediglich in einer Stagnation und – gegen Ende der Ära Ceauşescu – einem kleinen Abstieg in der Kaderhierarchie. Seine Weltanschauung, problematisch im Rumänien des Nicolae Ceauşescu, hätte in den wenigsten anderen kommunistischen Staaten zu einer »Verfolgung« geführt.

Mit dem Begriffstypus eines »Reformers« ist die Vorstellung einer Person verbunden, die in einem kommunistischen System, ausgestattet mit weitreichenden Machtbefugnissen aktiv an der Transformation des System hin zu einer demokratischen Ordnung wirkt. Für Iliescu gilt diese Kategorie nur unter bestimmten Einschränkungen. Das rumänische politische System war nicht mit den anderen kommunistischen Ordnungen vergleichbar, und es wäre »schon ein relativer Fortschritt [im Sinne einer Reform, Anm. D. Verf.] gewesen, wenn man [...] zur Normalität des realen Sozialismus hätte zurückkehren können«⁷¹. Das bedeutet, daß Iliescu aus der Sicht des *ancien régime* durchaus ein Reformers war, aus der Perspektive einer offenen Gesellschaft jedoch nicht, da anfänglich nicht die Demokratisierung das Ziel war, sondern die Einführung eines reformierten sozialistischen Systems unter Beibehaltung der Nomenklatur und deren politischem Apparat. Würde der Begriff des »Reformers« so weit gefaßt und jeden beschreiben, der nur eine Veränderung des politischen Systems anstrebt, würde der Terminus seiner eigentlichen Bedeutung beraubt werden.

⁶⁸ AUGUST PRADETTO: Die neue Präsidentengeneration im Postkommunismus. In: OTTO LUCHTERHAND [Hg.]: Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS. Probleme der Ausbildung stabiler Machtinstitutionen. Berlin 1996, S. 187.

⁶⁹ PRADETTO a.a.O., S. 181-216.

⁷⁰ PRADETTO a.a.O., S. 187.

⁷¹ WAGNER a.a.O., S. 23.

Der »Wendehals« ist bestimmt durch die fehlende Kritik am kommunistischen System, an dem er Teilhaber war, und durch die Wendung vom Kommunismus zum Nationalismus⁷². In Rumänien gehörten Kommunismus und Nationalismus bereits seit den sechziger Jahren zur politischen Kultur und daher kann bei einer Politisierung der nationalen Identität des Mehrheitsvolkes nicht von einer Wende gesprochen werden. Sie stellt vielmehr eine Kontinuität in den Methoden des vorherigen Systems dar.

Ebensowenig kann Iliescu als »Fachmann« charakterisiert werden, da deren »politisches Credo – Marktwirtschaft, Demokratie, Unabhängigkeit – [...] aus der Affinität zur modernen und effizienten Gesellschaften zu resultieren«⁷³ scheint. Zudem kennzeichnet einen Fachmann-Präsidenten eine vorangegangene Karriere außerhalb der Politik.

Wenn der ehemalige rumänische Staatspräsident Iliescu typologisch erfaßt werden soll, ist es notwendig, die politische Elite im rumänischen System vor dem Umbruch kurz zu beleuchten. Das von Ceauşescu geprägte Regime Rumäniens war eines der restriktivsten Systeme in Ost- und Südosteuropa und seine Rahmenbedingungen ließen für die Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft, einer »civil society«, keinen Raum. Aufgrund der Wechselwirkung zwischen der politischen Kultur – das heißt im rumänischen Fall die fehlende demokratische Tradition – und der geringen Ausdifferenzierung des politischen Systems und seiner Eliten konnte sich keine Gegenelite und keine treibende Kraft herausbilden, die einen Systemwandel außerhalb der »ruling elite« hätte durchführen konnte: ein evolutionärer, paktierter oder auch ein bruchartiger Elitenwechsel, wie er in den ostmitteleuropäischen Staaten stattfand, war demnach nicht möglich. Selbst innerhalb der Kommunistischen Partei war die Ausdifferenzierung der politischen Kultur gering, so daß sich auch hier keine echten reformerischen Positionen entwickeln oder gar durchsetzen konnten. Somit konnte der Systemwechsel nur aus der »ruling elite« erfolgen und hier nur durch eine Teilelite, die starke private Orientierungen hinsichtlich Machterhalt bzw. Machtausweitung hatte, die Größe der eliteninternen Opposition einschätzen konnte und die repressive Stärke der Elite im Zentrum der Macht kannte⁷⁴. Wie oben gezeigt, gehörte Iliescu zu dieser Gruppe, deren Ziel weniger eine Demokratisierung nach westlichem Verständnis, sondern eine Reformierung des sozialistischen Systems, ähnlich wie sie Gorbatschow in der Sowjetunion initiiert hatte.

⁷² PRADETTO a.a.O., S. 196.

⁷³ PRADETTO a.a.O., S. 199.

⁷⁴ Vgl. zum Problem der Perzeptionen FRITZ PLASSER, PETER A. ULRAM: Perzeptionen der Demokratisierung in Ost-Mitteuropa. Vorläufige Anmerkungen. In: PETER GERLICH, FRITZ PLASSER, PETER A. ULRAM [Hg.]: Regimewechsel. Demokratisierung und politische Kultur in Ost-Mitteuropa. Wien u.a. 1992, S. 391-393.

Aus dem bisher erwähnten ergibt sich, daß die Typologisierung des ehemaligen rumänischen Staatspräsidenten auf zwei Interpretationsebenen erfolgen muß. Zum einen aus der gesamteuropäischen Perspektive, die den Präsidententyp im Vergleich zu denjenigen in den anderen ehemaligen kommunistischen Staaten Osteuropas charakterisiert, zum anderen aus dem »inneren«, rumänischen Blickwinkel. Verglichen mit Staatspräsidenten wie Vaclav Havel, Árpád Göncz oder auch Michael Gorbatschow wirkt Iliescu eher wie ein politischer »Restitutor« mit reformerischen Zügen, dessen Intentionen auf dem direkten Vergleich des rumänischen mit einem idealisierten, von Gorbatschow vorgeprägten moskowitzischen Systems beruhen. Betrachtet man seine – manchmal widersprüchlichen – Absichtserklärungen der ersten nachrevolutionären Zeit, so erscheint er weniger eine Demokratisierung oder grundlegende Transformation des politischen System erfolgt zu haben, denn eine Beseitigung der pejorativen Elemente des politischen Systems, das durch Ceauşescu geprägt war. Dabei erwies er sich jedoch als weniger ideologisch unnachgiebig, sondern mehr als machtorientierter Pragmatiker, der sich und die ihm treue Elite der Bevölkerung – insbesondere dem rumänischen Anteil der Landbevölkerung, aber auch den wenig demokratisch orientierten Gruppen⁷⁵ – weiterhin als »ruling elite« empfehlen wollte. Zweifellos hätte er die Möglichkeit gehabt, die Demokratisierung, wie sie letztendlich dennoch erfolgt ist, länger hinauszuzögern. Daß dies nicht geschehen ist, kann sowohl auf die Sogwirkung der Demokratisierung in den ostmitteleuropäischen Staaten als auch auf die internationale Aufmerksamkeit zurückgeführt werden, die dem Transformationsprozeß im allgemeinen entgegengebracht wurde. Inwieweit die innerrumänische Machtkonstellation eine nachhaltige Verzögerung oder Verhinderung des Systemwandels überhaupt noch zugelassen hätte, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bestimmt werden.

Aus der rumänischen Perspektive muß das Wirken Iliescus in zwei Perioden eingeteilt werden: Erstens für die Zeit vor der Revolution und zweitens von der Revolution selbst bis zu seiner Ablösung als Staatspräsident. Für die Periode bis zum Dezember 1989 trifft für seine Charakterisierung der Begriff eines Reformers mit oben genannten Einschränkungen zu. Interessanter ist jedoch die zweite Periode, die von den revolutionären Ereignissen geprägt ist. Am Anfang des Systemwandels stand nicht die schrittweise Etablierung reformerischer Maßnahmen und deren Durchsetzung gegen den Widerstand einer reformunwilligen Gruppe der »ruling elite«, sondern eine Revolution. Dadurch ergab sich die merkwürdige Situation, daß ein Reformers durch ein so umwälzendes Ereignis wie eine Revolution »entstanden ist« oder »geschaffen wurde« und ein

⁷⁵ Diese Unterscheidung beruht einerseits auf den von Iliescu erzielten Wahlergebnissen, anhand deren deutlich wird, daß er die Landbevölkerung in einem größeren Maße für sich mobilisieren konnte als die Stadtbevölkerung. Andererseits verdeutlicht die oben beschriebene widernatürliche Allianz, daß er sich auch mit den nationalistischen Gruppen verständigen konnte.

System vorfand, das nicht erst schrittweise reformiert, sondern – überspitzt ausgedrückt – neu geschaffen werden mußte. Selbstverständlich beschränkten die tradierten gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten die Handlungsmöglichkeiten, doch ist dieser Aspekt bei dem Versuch Iliescu zu typologisieren von großer Bedeutung. Dadurch befindet er sich außerhalb der üblichen Rahmenbedingungen, die für die übrigen osteuropäischen Präsidententypen gelten.

Hierbei stellt sich auch die Frage, ob eine Typologisierung im gesamteuropäischen Kontext überhaupt möglich und sinnvoll ist, und ob nicht ausschließlich die rumänischen gesellschaftlichen und politischen Spezifika als Grundlage gelten sollten. Diese Aufgabe kann jedoch erst gelöst werden, wenn die genauen Vorgänge während und kurz nach der Revolution vollständig geklärt sind und die Bedeutung der Akteure der ehemaligen »ruling elite« während der Dezemberereignisse untersucht werden kann. Zudem müssen dann die Handlungsmöglichkeiten der neuen Elite nach dem Tod Ceauşescus analysiert werden und anhand der Alternativen sollte sich zeigen, inwieweit die getroffenen Entscheidungen die Etablierung einer »civil society« verzögert oder vielleicht erst ermöglicht haben.